

<b>Beschlussvorlage</b>	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 201 - Ressort Soziales
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Charlotte Dahlheim 563 5326 563 8531 Charlotte.Dahlheim@stadt.wuppertal.de
	Datum:	26.05.2009
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0083/09</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>04.03.2009</b>	<b>Behindertenbeirat</b>	<b>Empfehlung/Anhörung</b>
<b>19.03.2009</b>	<b>Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>18.06.2009</b>	<b>Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>Aufbau eines Beschwerderates/einer Beschwerdestelle für ambulante Hilfen</b>		

## Grund der Vorlage

Zustimmung zum Aufbau einer unabhängigen Beschwerdestelle.

## Beschlussvorschlag

Der Ausschuss stimmt dem Aufbau einer Beschwerdestelle vor dem Hintergrund des vorgelegten Konzeptes zu und beauftragt die Fachplanung (Psychosoziales Planung und Planung für Menschen mit Behinderung) mit Trägern der ambulanten Hilfen (z.B. Kommunikationszentrum für Behinderte und Nichtbehinderte (die Färberei) und Sozialpsychiatrisches Zentrum) Vereinbarungen zur Einrichtung eines solchen Angebotes zu treffen. Die fachliche Abstimmung erfolgt in der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung.

## Einverständnisse

- entfallen -

## Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

## **Begründung**

In der Stadt Wuppertal gilt zwischen der Stadt Wuppertal und den psychosozialen Trägern sowie den Trägern der Behindertenhilfe die Vereinbarung über die Zusammenarbeit in psychosozialen und Behindertenangelegenheiten. Ziel der Vereinbarung ist es, die Hilfeangebote und somit die Lebenssituation von psychisch kranken Menschen sowie Suchtkranken als auch Menschen mit einer Behinderung zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Das vorliegende Konzept zur Schaffung einer Beschwerdestelle dient der Weiterentwicklung der Versorgungsregion und soll auf der Basis der Zusammenarbeit verabredet und umgesetzt werden. Nach Ablauf von zwei Jahren wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den Gremien der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung geprüft, ob das vorliegende Konzept einer Ergänzung bzw. Weiterentwicklung bedarf.

Hintergrund ist, dass seit vielen Jahren einige städtische Stellen auch Anlaufstellen für Beschwerden im Bereich der ambulanten Versorgung sind (z.B. Koordinationsstellen bei 201.PB, Sozialpsychiatrischer Dienst, Ressort 201, Behindertenbeauftragte) sind. Eine institutionelle und unabhängige Einrichtung (ggf. analog Heimbeiräte oder Ombudsstelle), die Beschwerden bündelt, gibt es im klinischen und ambulanten Betreuungsbereich bislang nicht. Nicht zuletzt durch die Vielzahl an Zulassungen von Trägern im ambulanten betreuten Wohnen für Menschen mit Behinderung und die generell größere Rolle, die der ambulante Betreuungsbereich spielt, lassen es notwendig erscheinen, hier eine unabhängige Beschwerdeinstitution zu schaffen. Vor diesem Hintergrund sollten mit Trägern der ambulanten Versorgung Abstimmungen zur Einrichtung eines solchen Angebotes getroffen werden.

Die Schaffung eines einheitlichen, transparenten und niederschweligen Angebotes, wäre ein großer Schritt in Richtung Patienten-/Klientenzufriedenheit und Unterstützung der Weiterentwicklung der Qualität der Versorgungs-/Betreuungseinrichtungen

## **Kosten und Finanzierung**

- es entstehen keine Kosten -

## **Zeitplan**

Fachliche Abstimmung durch die Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung in ihrer Sitzung am 27. Mai 2009

## **Anlagen**

Anlage 01 - Konzept\_Beschwerdestelle\_012009

Anlage 02 - Beschwerderat GO\_012009